

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Postfachkonto** Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon** 13893. — **Verlag in Leipzig,** Tauscher Straße 19/21 — **Telefon** 4590

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonellzeile oder deren Raum 1.50 Mk., bei Plakatschrift 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonellzeile 7.50 Mk. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Volkankassen entgegen.

## Der Ausnahmezustand in Bayern.

München, 8. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In der gestrigen Sitzung des Landtages wurde die Interpellation der USP. über den Ausnahmezustand behandelt. Der Abgeordnete Wenderl der USP. führte in seiner Begründung aus, daß sich in jüngster Zeit in Bayern die Fälle mehrten, in denen durch die Handhabung des Ausnahmezustandes, der seine üble Wirkung besonders in Würzburg, Augsburg und Regensburg zeige, ein großer Teil der Bevölkerung in der durch die Verfassung gewährte Freiheit aufs grösste verkehrt und besonders die Arbeiter in gemeinster Art und Weise propagiert werden. Das blutige Einschreiten gegen die Lebensmitteldemonstration in Augsburg und in Würzburg, und das daran sich anschließende Verbot des Augsburger Volkswillens, die Kulturstatuen der Volkshöhe in Nürnberg gegen eine Arbeitslosen-Demonstration, sowie ganz besonders die Anordnungen des Regierungspräsidenten von Gutenberg und das Verhalten der Reichswehr gegenüber den Kriegsschädigten in Regensburg waren würdig eines militärischen Polizeistaates. Der Ausnahmezustand wird nicht gehandhabt, um die öffentliche Sicherheit aufrechtzuerhalten, sondern um die Arbeiter niederzuhalten. Eine Versammlung des Republikanischen Führerbundes in München wurde verboten. Der freien Sozialistischen Jugend wurden geschlossene und öffentliche Versammlungen untersagt, einer Kriegsschädigten-Demonstration mit Maschinengewehren entgegengetreten. Dagegen werden Reichendemonstrationen monarchistisch und völkerrassistisch gesinnter Kreise, die hart propagandistischen Charakter tragen, mit allen Mitteln von der Behörde unterdrückt und geschickt.

Staatssekretär Speyer antwortete, daß sich die Regierung auch weiterhin gezwungen sehe, gegen gewisse Teile der Bevölkerung, deren Bestrebungen auf Umsturz von Regierung und Verfassung zielen, einzuschreiten. Er verwies auf die Reden Eisenbergers, sowie auf zahlreiche, im Lande verbreitete Flugblätter, die zur Ausschaltung gegen die bestehende Ordnung auffordern. Wer demonstrieren wolle, der müsse die Folgen auch tragen. Die Reichs- und Polizeimacht habe sich überall musterhaft benommen, und er spreche ihr wohlverdientes Lob aus. In Würzburg, Augsburg, und Nürnberg hätten Arbeitslose zu Gewalttätigkeiten aufgefordert und also die Wehren volle Berechtigung zu ihrem Vorgehen gehabt. Bedauerlich sei, daß sich auch Kriegsschädigte zu solchen Dingen hinreißen lassen. Der Dank des Vaterlandes an diese sei gewiß. Ebenso gäbe sich der Republikanische Führerbund inforbidatlen Einflüssen hin, welche derart Gift in die Arme tragen wollen.

## Einigungsbestrebungen im englischen Bergarbeiterkonflikt.

Paris, 8. Oktober. Nach einer Meldung des Temps aus London hat Smith die Bergarbeiter den Rat erteilt, die Vorschläge der Grubenbesitzer anzunehmen, die alle erdenklichen Anstrengungen machten, um zu einem endgültigen Abkommen zu gelangen. Der Rat der Grubenbesitzer habe gestern die von seinen Vertretern den Bergarbeitern gemachten Zugeständnisse bewilligt.

## Die englischen Seeleute gegen die Verstaatlichung der Schifffahrt.

London, 8. Oktober. Auf der Jahresversammlung des Bundes der englischen Seeleute wurde der Vorschlag über die Verstaatlichung der englischen Schifffahrt mit 16 158 gegen 5097 Stimmen bei 3788 Stimmenthaltungen abgelehnt. Der Vorschlag an die Arbeiterpartei wurde mit 1301 gegen 6515 Stimmen bei 5000 Stimmenthaltungen angenommen. Der Vorsitzende, Javelot Wilson erklärte, er habe sich 30 Jahre lang dem Anschluß an die Arbeiterpartei widersetzt und könne seine Ansicht darüber nicht ändern. Die Konferenz erklärte sich damit einverstanden, daß Wilson in dieser Frage weiterhin einen unabhängigen politischen Standpunkt einnehme.

## Rußlands Antwort an England unbefriedigend.

London, 8. Oktober. Die Times erzählt: Die russische Antwort auf die Note Curzons ist in einigen Punkten durchaus unbefriedigend. Wahrscheinlich wird Curzon eine weitere Note abgeben. Die Sowjet-Regierung hat der Heimsendung der noch in Rußland befindlichen englischen Gefangenen zugestimmt. Die bestimmten Forderungen, die bezüglich der asiatischen Frage und der Propaganda anlässlich wurden, sind nicht in befriedigender Weise beantwortet worden.

## Politischer Streik in Warschau.

Berlin, 9. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Note Fahne meldet am 7. Oktober aus Warschau: Am 3. Oktober ist in den großen Werkstätten der Station Praga-Warschau, wie die polnischen Blätter schreiben, ein italienischer Streik ausgebrochen. Der Grund ist die Verhaftung von 6 Eisenbahnern wegen feindseliger Tätigkeit gegen den Staat. (Das Personal dieser Station steht vollkommen unter kommunistischem Einfluß. Die 6 Eisenbahner sind Vertrauensleute des Personals in der kommunistischen Partei.)

## 67,7 Milliarden Mark Defizit.

Des Milliardendefizit im Reichsetat wächst unablässig an. In der Sitzung des Reichsrats vom Donnerstag nahm vor Eintritt in die Etatberatung Ministerialdirektor Sachs das Wort zu Ausführungen über die Finanzlage. Er mußte zugeben, daß die Behauptungen, daß die Einnahmen aus den neuen Steuern zu hoch veranschlagt wurden, berechtigt sind. Seine Darlegungen machten einen geradezu niederschmetternden Eindruck, weil in der Regierung bisher niemand weiß, wie dem ungeheuren Defizit abgeholfen werden kann. Die Gesamtausgaben für das Rechnungsjahr betragen 91,5 Milliarden. Hieron sind 49 Milliarden ungedeckt. Dazu kommt ein Fehlbetrag der Postverwaltung von 2 Milliarden, der Eisenbahn von 16 Milliarden. Hiernach beträgt der Gesamtfehlbetrag 67 Milliarden Mark. Der Reichsrat nahm folgende vorgezeichnete Entscheidung an:

„Der dem Reichsrat vorgelegte Reichshaushaltsentwurf für 1920 weist eine Gesamtausgabe von 79,5 Milliarden Mark gegen 14 Milliarden Mark im Jahre 1914 auf. Die Ausgabe vermehrt sich, wie erst jetzt festzustellen möglich gewesen ist, durch Steigerung der laufenden Aufwendungen zur Unterhaltung des Verfassungsgewerks in den Reichsländern von dem an sich schon hohen Betrage von 3 auf die ungeheuerliche Summe von 15 Milliarden Mark, auf 31,5 Milliarden Mark. Ungedeckt sind hieron 17,7 Milliarden Mark. Hierzu tritt ein weiterer Fehlbetrag bei Eisenbahn- und Postverwaltung von zusammen 18 Milliarden Mark. Der Gesamtfehlbetrag beträgt somit 67,7 Milliarden Mark.“

Die Finanzlage ist hiernach so ernst, daß das Gebot der Ausgaben und einkommensloser Einschränkung der Ausgaben nicht aufrechterhalten zu werden braucht. Diesem Gebot durch eine frühe Währungsreform der Haushaltsentwürfe Geltung zu verschaffen, ist der Reichsrat stets beabsichtigt gewesen. Gegenüber einem auf so breiter Grundlage aufgebauten Haushalt sind auf diese Weise zwar entsprechende Minderungen zu erzielen, eine Zurückführung der Ausgaben auf ein mit der Finanzkraft des Reiches noch vereinbartes Maß ist aber durch Währungsreform allein nicht zu erreichen. Der Eintritt auch schon bei der Aufstellung des Haushaltsplans geschehen und darf heute selbst vor anerkannten Notwendigkeiten nicht mehr halt machen. Die finanzielle und damit die politische Zukunft des Reiches steht auf dem Spiel. Es soll nicht verkantet werden, daß das Reichsfinanzministerium beabsichtigt gewesen ist, zu seinem Teil Einschränkungen herbeizuführen. Gegenüber dem Drängen der Ressorts nach Erweiterung ihres Wirkungsbereiches und nach Übernahme neuer Aufgaben müssen ihm jedoch verlässliche Handhaben gegeben werden, um erfolgreich durchzuführen. Je mehr zudem die Gestaltung des Haushaltsplans von den in ihrem Komplex ungeheuren, aus den Bestimmungen der Friedensvertrages herbeigeführten Forderungen unserer Vertragsgegner abhängig ist, um so zwinzender erhebt sich die Notwendigkeit, auf allen andern Gebieten die harte Minderung der Ausgaben einzutreten zu lassen, die für ein verarmtes Staatswesen unerlässlich ist. Dazu bedarf es eines wirksamen Einflusses des Reichsfinanzministers auf die Gestaltung derjenigen Ausgaben, deren Bewehrung in unserer Hand liegt.

Der Reichsrat beabsichtigt daher das im Reichskabinett hergeleitete Bestreben, die Vollmachten der Finanzverwaltung zu erweitern, aufs lebhafteste. Nur wenn ihr Gehör befolgt werden muß, wenn sie in die Lage versetzt wird, das Maß der Ausgaben in unerschütterlicher Strenge mit den verfügbaren Mitteln im Einklang zu halten, und wenn ohne ihre Mitwirkung und Zustimmung neue Aufgaben nicht übernommen werden dürfen, ist eine Finanzreform möglich, wie sie die Lage der Reichsfinanzen zur unabwendbaren Pflicht macht.

An die Reichsregierung richtet der Reichsrat daher die Bitte, ihre Entschlüsse so zu gestalten, daß das Ziel, den Finanzminister mit den zur Durchführung strengster Sparmaßnahmen bei den Reichsausgaben unerlässlichlichen Machtbefugnissen auszurüsten, erreicht wird.“

## Zwölf Waggons Munition beschlagnahmt.

Halle, 9. Oktober. (Ul.) Auf dem jählichen Güterbahnhof in Gera sind in den letzten Tagen insgesamt 12 volle Eisenbahnwagen mit Munition, die für das Ausland bestimmt war, beschlagnahmt worden. Das Reichsfinanzamt hat entschieden, daß die Sendungen dem Entwaffnungskommissar für Thüringen zur Verfügung gestellt werden, damit diese einer deutschen Verschlusungsanstalt zum Einschmelzen zugeführt werden können.

## Streik in den Berliner Zeitungsbetrieben.

Berlin, 9. Oktober. Die Deutsche Allgemeine Zeitung meint, an ein Ende des Berliner Zeitungsstreiks sei bis auf weiteres nicht zu denken; es scheine im Gegenteil, als solle der Konflikt diesmal längere Zeit dauern. Der Vorwärts kündigt an, daß auch im Eisenhandel ein Streik drohe.

Berlin, 9. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In Berlin ereignet sich infolge des Streiks im Zeitungsgewerbe zur: Vorwärts, Freiheit und rote Fahne.

## Der Betriebsrätekongreß.

Die „Neue Welt“ in Berlin hat eine denkwürdige Tagung in ihren Mauern beherbergt: den ersten Kongreß der Betriebsräte Deutschlands. Damit sind die Betriebsräte erst in das Licht der breiten Öffentlichkeit getreten, damit ist gezeigt worden, daß die Betriebsräte keine Angelegenheit des einzelnen Betriebes und seiner Belegschaft, sondern — in ihrer Zusammenfassung — eine Angelegenheit der Gesamtheit aller arbeitenden und konsumierenden Schichten, ein neuer entscheidender Faktor des Gewerkschafts- und Staatslebens sind. Darin liegt die Bedeutung der Organisation der Betriebsräte und das ist das wichtigste Ergebnis der Tagung, daß sie zu dieser Organisation den ersten entscheidenden Schritt getan hat.

Die Organisationsform, in der die Zusammenfassung geschieht, ist festgelegt durch das Statut und die Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Ufa. Darüber hat der Kongreß im Namen der deutschen Arbeiterschaft nun entschieden, und zwar mit erdrückender Mehrheit. Anhänger der sogenannten selbständigen Betriebsräteorganisation, Kommunisten sowie einige Ufa-Delegierte, geführt von den Häuptern dieser Bewegung innerhalb und außerhalb der Kongreßtafel, führten einen lebhaften Kampf für ihre Vorschläge. Sie trugen einen Erfolg davon, indem es ihnen gelang, die Zulassung von Korrespondenten aus ihren Reihen durchzusetzen. Der Kongreß wollte die Vertreter dieser Auffassung hören, eine Unvereinommenheit, die hoch zu achten ist. Bei der Abstimmung aber entschied er gegen sie. Das traf so hart, daß einer der Vorsitzenden der Opposition, Schaumburg-Berlin, eine „persönliche Bemerkung“ benutzte, um zu erklären, die Ergebnisse, die das Männlein mit Seherblick vorausahnt, würden die „papierernen Beschlüsse“ des Kongresses hinwegfegen. Es dürfte zum ersten Male geschehen sein, daß ein Arbeiter die Beschlüsse eines Arbeiterkongresses von dieser Bedeutung in solcher Weise vor der Öffentlichkeit beschmückt. Womit der Mann erledigt sein sollte. . . .

In der sachlichen Debatte über die Frage der Organisationsform spielte das Argument die Hauptrolle, daß es dem Wesen der revolutionären Arbeiterbewegung nicht entsprechen würde, wenn sich die Zusammenfassung der Betriebsräte beschränkte auf die freigewerkschaftlich Organisierten. Zur Steigerung des revolutionären Elans sei die Hinzuziehung auch der Hülfs- und Christen und Gelben nötig. Wie komisch! Dieser Beweisführung beugte sich der Kongreß nicht. Diese absurde Idee trug wesentlich zur Niederlage der Richtung Brandler-Müller bei. Dazu kam ein glänzendes Referat Dörmanns, der in scharfer, überzeugender Darstellung die Linie zog, auf der die Arbeit der Betriebsräte sich zu bewegen hat: auf sachlichem Ernst beruhende, von sozialistischem Geist getragene Tagesarbeit, verbunden mit dem Kampf um neue Machtpositionen des Proletariats — aufsteigend zum letzten Ziel. Auf das Ganze der Wirtschaft und der sozialistischen Klassenbewegung der Arbeiter und Angestellten muß der Blick des Betriebsrates gerichtet sein, nicht auf den „Betriebszweck“.

Auch wir sind nun der Meinung, daß die Betriebsräte, die diese Linie einhalten sollen, eine gewisse Unabhängigkeit nicht entbehren können. Sie müssen ihre eigenen Organe bilden, die die Arbeit der Betriebsräte leiten. Und diese Organe haben nichts zu tun mit der Arbeit der Gewerkschaften im engeren Sinne, oder doch nicht mehr, als unentworfbar mit ihren eigenen, neuen Aufgaben verbunden ist. Es kommt vielmehr auf eine Unabhängigkeit des Denkens an, auf eine Unabhängigkeit von jenen taktischen Vorstellungen und Methoden vieler Gewerkschaften, die wir von jeher verworfen haben. Diese Unabhängigkeit aber gibt der Organisationsplan der Spitzenorganisationen, der nun Beschluß der Betriebsräte Deutschlands ist, den Organen der Betriebsräte in genügendem Maße. Wo indes Gewerkschaftsinstanzen versuchen sollten, die Richtlinien anders zu wenden und den Betriebsräten ohne Ursache Fessel anzulegen, da werden die Betriebsräte wenn sie sich ihrer Mission im Klassenkampf bewußt sind, in der Lage sein, die unerlässlichen Freiheiten ihrer Organe zu sichern ohne den Boden des Kongreßbeschlusses zu verlassen — vorausgesetzt, daß ihnen jene Unabhängigkeit des Denkens eigen ist, von der wir schon sprachen. Auf den Geist kommt es an! Dann aber ist die Organisationsform eine ziemlich nebensächliche Angelegenheit.

Der Kongreß hat das erkannt. Er ist darum über diesen kleinen Streit der großen Mäuler zur Tagesordnung übergegangen und hat damit die Bahn freigemacht für fruchtbare Arbeit.

In welchem Geiste die Arbeit der Betriebsräte zu leisten ist zeigte neben Dörmann der Genosse Silberding in einer gan-